

Mindestlohndebatte

Frankfurt am Main, 19. Dezember 2007

Sehr geehrter Herr Minister....,

die Debatte und die getroffene Entscheidung der Bundesregierung zum Thema Mindestlohn in der Postbranche verfolgt die Amerikanische Handelskammer in Deutschland (AmCham Germany) aufmerksam. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Liberalisierung der Märkte und die Beseitigung von Monopolstellungen, also die Stärkung des Wettbewerbs letztlich auch vor allem den Beschäftigten in den betreffenden Branchen zu gute kommt. Ein günstiges Investitionsklima lebt aber vor allem von der Berechenbarkeit der Verhältnisse für den Investor.

Die Ungewissheit des zukünftigen rechtlichen Rahmens, in dem man sich bewegt, hemmt Investitionsentscheidungen anstatt sie zu fördern. Im Vertrauen auf die Liberalisierung des Marktes wurden Investitionen in Deutschland getätigt und Arbeitsplätze geschaffen. Viele unserer Mitgliedsunternehmen sind ihrerseits hier in Deutschland in Arbeitgeberverbände eingetreten und haben Tarifverträge geschlossen. Es herrscht Unverständnis, warum in diese eingegriffen wird, wenn gleichzeitig von der Deutschen Bundesregierung verkündet wird, dass mit der letzten Öffnung des Postmarktes ein möglichst vielfältiger Wettbewerb erreicht werden soll.

Wir bitten Sie deshalb, Ihren Einfluss und Ihre politische Kraft im Sinne eines freien Wettbewerbs und der Schaffung und Aufrechterhaltung eines positiven Investitionsklimas in Deutschland geltend zu machen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung. Sie erreichen uns per E-Mail (efunhoff@amcham.de) oder telefonisch unter 069 929104-41.

Mit freundlichen Grüßen,

Gert Schröder, Chair Social and Labor Affairs Committee